

Von SBZ zur DDR: Nation-Building?

Tabula Rasa

Im Potsdamer Abkommen proklamierte Ziele der Alliierten

„Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden.“

- Bestrafung der am Kriege Schuldigen;
- Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus.
- Deutschland darf niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen.
- Dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen.

„Stunde Null“

- Vollständige Niederlage
- Bedingungslose militärische Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945
- Auch staatlich-politische Kapitulation
- Keine deutsche staatliche Autorität
- „Absoluter Tiefpunkt der deutschen Geschichte der Neuzeit“ (Reimer Hansen)
- Drei Ds:
 - Entnazifizierung: Verhaftung und Verurteilung der Kriegsverbrecher, Auflösung der NSDAP, Aufhebung aller Nazigesetze
 - Entmilitarisierung: völlige Abrüstung, Auflösung aller Streitkräfte, auch SA und SS
 - Demokratisierung: Erziehungssysteme, der Justiz, der Verwaltung und des öffentlichen Lebens (s. Berliner Konferenz)

Die Berliner Erklärung der Alliierten in ihrer Präambel: Deutschland habe sich „allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden“, vorbehaltlos zu unterwerfen.

Ordo Novo

Oberste Gewalt in der SBZ

- Oberste Regierungsgewalt beim Alliierten Kontrollrat aus den Oberkommandierenden der vier Besatzungsmächte auf unbestimmte Zeit (5. Juni 1945) → Deutschland steht unter Besatzungsrecht
- Bildung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (auch auf Länder-, Provinz-, Kreis-, Stadt- und teilweise Ortsebene), die in der SBZ die Souveränität faktisch ausübt (SMAD, 9. Juni 1945): 50.000 Mitarbeiter (darunter 150 Offiziere in der Propaganda-, später Informationsabteilung)

- Politische Ordnung, Verwaltungssystem, Besetzung der Posten durch Befehle der SMAD
- Errichtung von elf und fünf weiteren Zentralverwaltungen (27. Juli 1945)
- Entfernung der ehemaligen NSDAP-Mitglieder aus dem Justizwesen (85% aller Richter) (3. Oktober 1945)
- Auflösung der Entnazifizierungskommissionen (10. März 1948): Insg. 1130 Befehle.
- Übergabe der Strafverfolgung an die Gerichte der SBZ: 520.734 Personen als Ex-Nazis von ihren Posten entfernt
- Sowjets verlassen Alliierten Kontrollrat (20. März 1948)
- Sowjets verlassen Berliner alliierte Stadtkommandatur (16. Juni 1948)
- Auflösung der SMAD und Bildung der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK), Übertragung der Verwaltungsfunktionen an die Provisorische Regierung der DDR (10. Oktober 1949)

„Demokratisierung“ und „Sozialisierung“ in der SBZ

- „Neue Gesellschaft“, „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“, „Revolution der gesellschaftlichen und politischen Zustände“
- Erlaubnis und Ermunterung zur Gründung der Parteien und Gewerkschaften (10. Juni 1945): KPD, SPD, CDU und LDP 11. Juni – 5. Juli; FDGB am 15. Juni; 21.-22. April 1946 – Gründung der SED, 1,3 Mill. Mitglieder; NDPD, DBD im März 1948
- Gemeinde-, Land- und Kreistags-, Stadt- und Bezirkswahlen.
- „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (14. Juli 1945)
- Freie Deutsche Jugend (FDJ) als „überparteiliche, demokratische“ und einheitliche Jugendorganisation (7. März 1946)
- „Besonderer deutscher Weg zum Sozialismus“ (Anton Ackermann, 9. Februar 1946)
Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Parlamentarisch-demokratische Republik. Ungehinderte Entfaltung des freien Handelns und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums. Liquidierung des Großgrundbesitzes. (ZK der KPD, 11.06.45)
- SED verurteilt die Sonderwegtheorie (15./16. September 1948)
- Ackermann übt Selbstkritik (24.09.1948)
- „Demokratische Zentralisierung“ (Januar 1949)
- Gründung der „Jungen Pionieren“ in Berlin (13.12.1948)
- Aufbau einer „Volksdemokratie“

Wirtschaft

- Herauslösung aus dem gesamtdeutschen Wirtschaftsverbund.
- Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK, 30. Juni 1947)
- „Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten der Industrie und Verkehrswesens“ (9. Oktober 1947)
- Übernahme der zentralen Lenkung und Leitung der Wirtschaft durch die DWK (9. März 1948)

- Ablehnung des Marshallplans durch den 2. Volkskongress (18. März 1948)
- Schrittweise Einführung der zentral gelenkten Planwirtschaft (ab 1948)
- Halbjahresplan für 1948 und Zweijahresplan für 1949/50, später Fünfjahrespläne.
- Gründung der Staatlichen Handelsorganisation (HO, 20. Oktober 1948)
- Gründung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Moskau (25.01.1949)

Reformen

- Bodenreform: „Junkerland in Bauernhand“ (3-11. September 1945)
- Justizreform (4. September 1945)
- Industriereform (29. Oktober 1945)
- Enteignung von Betrieben (30. Oktober 1945)
- Beschlagnahme von Versicherungen und Industrieunternehmen sowie der Geld- und Wertpapierbestände der Banken (28. Juni 1945)
- Schulreform (22. Mai – 2. Juni 1946): Einheitsschule (28.000 von 40.000 Lehrer als Nazi entlassen, Abschaffung von Privilegien)
- Währungsreform (24.-28. Juni 1948)

Kultur, Bildung und Massenmedien

- Berliner Rundfunk (13. Mai 1945)
- „Tägliche Rundschau“ (15. Mai 1945)
- Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands (4. Juli 1945)
- Gründung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in Berlin (30. Juni 1947)
- 1. Schriftstellerkongress des Kulturbundes (4. Oktober 1947)
- 2. Kongress der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion und Umbenennung in Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (1. Juli 1949)

Auf dem Weg zur Staatsbildung

Sicherung der Staatsgewalt

- Erste Einheiten der Volkspolizei in Berlin (1. Juni 1945)
- Deutsche Grenzpolizei (28. November 1946)
- Kasernierte Volkspolizei (KVP)
- Schaffung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS, „Stasi“, 8. Februar 1950)

Von der SBZ zur DDR

- 1. Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden in Berlin (6. Dezember 1947)
- 2. Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden in Berlin, Wahl des Deutschen Volksrates, bestehend aus 300 Vertreter der SBZ und 100 Vertreter der Westzonen (17. März 1948)

- Auf die Beschlüsse der Sechs-Mächte-Konferenz reagierte die Sowjetunion mit scharfen Protestnoten und verließ am 20. März 1948 den Alliierten Kontrollrat, der danach nie wieder zusammentrat. Die Viermächteverwaltung Deutschlands war damit beendet.
- Am 23. und 24. Juni 1948 tagte in Warschau eine Acht-Mächte-Konferenz (Sowjetunion, Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn), die die Londoner Beschlüsse verurteilte und die Bildung einer „demokratischen, friedliebenden gesamtdeutschen Regierung aus Vertretern demokratischer Parteien und Organisationen“ und den Abschluss eines Friedensvertrages „gemäß den Potsdamer Beschlüssen“ forderte.
- 3. Volkskongress (1400 Delegierte aus der SBZ und 610 Delegierte aus den Westzonen), Wahl des 2. Deutschen Volksrat (330 Mitglieder, davon 90 der SED), Annahme einer Verfassung für eine „Deutsche Demokratische Republik“ (29./30. Mai 1949)
- Gründung der DDR in Berlin, Bildung einer Provisorischen Regierung, Konstituierung des Deutschen Volksrates als Provisorischer Volkskammer (7. Oktober 1949)
- Bestätigung der Regierung Grotewohl durch die Volkskammer (12. Oktober 1949)
- Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR, Bulgarien, Polen, der ČSR, Ungarn, Rumänien, China, Nordkorea und Albanien (Oktober-Dezember 1949)
„Wendepunkt in der Geschichte Europas“ (Josif W. Stalin am 13. Oktober 1949)

Deutsche Einheit?

- Bildung einer „demokratischen, friedliebenden gesamtdeutschen Regierung aus Vertretern demokratischer Parteien und Organisationen“
- Es gibt nur ein Deutschland
- DDR-Gründung sei eine „Gründung eines selbständigen, freien Deutschlands“
- Ziel: Vereinigung der „widerrechtlich von Deutschland losgerissenen Teile“ mit der DDR
- DDR-Regierung spricht für das ganze deutsche Volk und seine Interessen wahrnimmt
- Einheit des deutschen Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse
- DDR-Verfassung von 1949 ging davon aus, dass es nur ein Deutschland gibt.
Artikel 1 der Verfassung der DDR: „Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit“.
„Gründung eines selbständigen, freien Deutschlands“ auf dem deutschen „Kerngebiet“
Ziel werde es sein, die „widerrechtlich von Deutschland losgerissenen Teile“ mit der DDR zu vereinen. Bis dahin sei die DDR-Regierung eine Regierung „die die Interessen des gesamten deutschen Volkes wahrnimmt und die Legitimation besitzt, für das ganze deutsche Volk zu sprechen“.
- Hoheitsakten mit dem Anspruch, stellvertretend für Gesamtdeutschland zu handeln. DDR erkannte in dem Grenzvertrag mit Polen aus dem Jahre 1950 die Oder-Neiße-Linie nicht etwa als Grenze zwischen der DDR und Polen an, sondern als „Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen“.

Jedoch neue Töne ab 1960er

„Das von Bonn immer wieder ins Spiel gebrachte Gerede von der ‚einheitlichen Nation‘ ist nichts anderes als eine Fiktion“. (Erich Honecker)

„Es gibt nicht zwei Staaten einer Nation, sondern zwei Nationen in Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung“. (Albert Norden)

Voraussetzungen für Nichteinheit (aus DDR-Sicht) erfüllt?

- Kein gemeinsames Territorium
- Keine gemeinsame Wirtschaft
- Keine gemeinsamen bestimmenden psychischen und moralischen Eigenschaften
- Keine Gemeinschaft der Gefühle
- Keine gemeinsame Kultur
- Keine geschichtliche Gemeinsamkeit
- In jedem Staat leben zwei Nationen: die Armen und die Reichen
- In der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft eines Landes existieren vom Gesichtspunkt der sozialen Klassenstruktur faktisch zwei Nationen.

Nation-Building: Besonderheiten und Erfolgsquote

- Nation-Building als Folge des Krieges, Instrument der Nachkriegsordnung und Mittel sozialer und politischer Kontrolle des Landes.
- Zerstörung und Verlust am Glauben an das Dritte Reich
- Homogenität der Bevölkerung
- Hoffnung auf bessere Zukunft und Verbesserung der konkreten Lebensumstände
- Strukturelle Reformen in einzelnen Sektoren
- Politische Eliten schon lange vor dem Kriegsende entsprechend ideologisch ausgebildet und auf ihre Aufgaben vorbereitet (Gruppen Ulbricht, Ackermann, Sobottka) → Letzten Endes erfolgreiche – wenn auch schrittweise und nicht ohne gewissen inneren Widerstand → Bildung handlungsfähiger Regierung nach vier Jahren der Besatzung → Integration des politischen Systems
- Aufbau des funktionsfähigen Staatsapparats
- Vier Jahre SMAD, danach SKK und Einbindung in die RGW und Warschauer Pakt.
- Starke Rolle der Ideologie (Antifaschismus, Antimilitarismus, Sozialismus) im Prozess des Nation-Building
- Übertragung des eigenen gesellschaftlichen Systems auf das besetzte Gebiet.
 - „Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf.“ (Stalin, April 1945)
- Kalter Krieg bzw. Feindbilder als Beschleuniger des Nation-Building
- Östliche Nachbarländer als Partner und Supermacht als Schutzschirmherr.
- Aufbau der – scheinbaren – Demokratie. (Weimarer Republik als ausreichende demokratische Erfahrung?)
 - „Es muss demokratische aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“ (Walter Ulbricht)
- Sowjetunion als Musterbeispiel und externe Doktrin des Nation-Building.
- DDR-Gründung als Reaktion auf die Gründung der BRD
- Entstehen der „Deutschen Frage“ und Mechanismen zu ihrer Lösung.



Otto Grotewohl



Walter Ulbricht



Wilhelm Pieck

Literatur

- 📖 Hippler, Jochen (Hg.): Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Bonn: Dietz, 2004.
- 📖 Echternkamp, Jörg: Nach dem Krieg. Alltagsnot, Neuorientierung und die Last der Vergangenheit 1946-1949. Zürich: Pendo, 2003.
- 📖 Ploetz. Die Deutsche Demokratische Republik. Daten, Fakten, Analysen. Köln: Komet, 2003.
- 📖 Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik 1945 bis 2000. Bonn 2002.
- 📖 Müller, Helmut M. (Hg.): Schlaglichter der deutschen Geschichte. Bonn 2002.
- 📖 Deutschland 1945-1949. Besatzungszeit und Staatengründung. Informationen zur politischen Bildung 259 (Neudruck 2002).
- 📖 Studt, Christoph (Hg.): Die Deutschen im 20. Jahrhundert. Ein historisches Lesebuch. München: Beck, 1999.
- 📖 Weidinger, Dorothea: Nation – Nationalismus – Nationale Identität. Bonn: bpb, 1998.
- 📖 Maibaum, Werner: Geschichte der Deutschlandpolitik. Bonn: bpb, 1998.
- 📖 SBZ – Das sowjetische besetzte Deutschland 1945-1949. Politische Zeitung 87 (1996).
- 📖 Geschichte der DDR. Informationen zur politischen Bildung 231 (1991).
- 📖 Die Teilung Deutschlands 1945-1955. Informationen zur politischen Bildung 232 (1991).